

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 5 getippte Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Das Betriebsrätegesetz

Ist nunmehr am 18. Januar von der Nationalversammlung in dritter Lesung angenommen worden. Es entspricht wohl keiner der im Parlament vertretenen Parteien, aber gerade deshalb war nur ein Kompromiß möglich. Der Rechts gingen die Arbeitererschaft zugehörigen Befugnisse zu weit, der Linken gingen sie nicht weit genug. Den größten Fehler bei Beurteilung der Sachlage begehen wohl immer noch jene Richtungen, die so tun, als wären nur Sozialdemokraten da, und alles könnte ausschließlich nach deren Wunsch gehen. Das ist nun — leider — nicht der Fall. Außer der Sozialdemokratie gibt es auch noch andere Interessentengruppen, die noch etwas zu sagen haben, und mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden. Das jene, die das sogenannte rechte, d. h. das politische Räteystem oder noch richtiger das Räteystem auf allen Gebieten als die alleinige Regierungs- und Verwaltungsform anerkennen, mit dem Betriebsrätegesetz äußerst unzufrieden sind, ist ohne weiteres erklärlich. Aber wir müssen immer der Entwicklung Rechnung tragen und können eine Etappe der Entwicklung nicht künstlich zum Abschluß bringen, wenn der gewünschte Reifegrad nicht erreicht ist. Es ist aber auch grundfalsch, wenn die rechtsstehenden Parteien glauben, einen neu aufkeimenden Rechtsbegriff niederzudrücken oder ausschalten zu können. Und einen neuen werdenden Rechtsbegriff haben wir im Betriebsrätegesetz zu erblicken. Angestellte und Arbeiter waren früher juristisch frei, aber nicht wirtschaftlich. Die Arbeiter konnten ihre Arbeitskraft verkaufen oder auch nicht; das stand ihnen vollkommen frei. Wirtschaftlich unterlagen sie jedoch einem Zwang. Sie konnten nach Belieben des Unternehmers entlassen werden, sie konnten ihres Koalitionsrechtes, ferner der Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung usw. beraubt werden durch den Unternehmer. Er hatte es in der Hand, mißliebige Personen brokos zu machen. Das und vieles andere soll durch das neue Gesetz verhindert werden. Hierin tritt die Auswirkung des neuen Rechtsbegriffes in die Erscheinung. Die Arbeiter wollen und können es nicht mehr ertragen, daß sie nur Objekt sind, sie wollen Subjekt sein. Das ist der Unterton des stürmischen Verlangens auf Mitbestimmung in der eigenen Existenzfrage. Das dürfen die Unternehmer nicht verkennen, sonst sind sie es, die das Wirtschaftsleben untergraben, das Staatsgedrube umstürzen und in einen Krümmerschaufen verewandeln. Nicht diejenigen sind die besten Volkswirte, die glauben, mit einer Stilllegung der Betriebe ihr reaktionäres Ziel erreichen zu können, wie es z. B. außer anderen auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 11. Dezember 1919 in Berlin der Direktor P. Meyer (Dsnabrück) getan hat. Solche Ratschläge lassen genau so die ruhige, kühle Ueberlegung vermissen, wie die Ratschläge derer, die eine Ablehnung des Betriebsrätegesetzes forderten. Mit beiden Vorschlägen wäre bei ihrer Ausführung niemandem gedient gewesen. Sie mußten abgelehnt werden von jedem, der Verantwortung fühlt und trägt.

Es mag für die Unternehmer zweifellos recht unangenehm sein, ein gut Teil ihrer Selbstherrlichkeit abgeben zu müssen. Ja, für den Reaktionär wird der Gedanke, daß die Arbeiterschaft nun auch in allen sie berührenden Fragen mitzureden hat, unerträglich sein. Aber es nützt nichts. Der neue Rechtsbegriff auf dem Gebiete des Arbeiterrechts ist nur scheinbar neu. Er war längst lebendig und hat jetzt so breite Massen erfasst, daß er geschriebenes Recht werden mußte. Unter heutigen Verhältnissen wäre eine unfreie Arbeiterschaft der Tod unseres ganzen Wirtschaftslebens. Es gibt also keinen Ausweg mehr. Der gesetzlich formulierte, schon seit langem vorhandene Rechtsbegriff der produzierenden Masse muß in das Bewußtsein aller übergehen. Wer sich damit abfindet, leistet sich und der Gesamtheit einen Dienst. Wer einseht, daß Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft mit Sklaven und Leibeigenen nicht mehr aufrecht zu erhalten wären, der muß auch einsehen, daß das gleiche nicht mehr möglich ist mit wirtschaftlich unfreien Arbeitsträgern.

Für die Arbeiterschaft selbst handelt es sich nunmehr darum, zu zeigen, daß sie mehr kann als schreien. Es gilt jetzt, praktisch zu arbeiten. Gar mancher der bekannten starken Wortkünstler, der sein Nichtwissen und Nichtkönnen mit Schimpfen und Schreien zu verdecken suchte, wird freilich versagen. Die Armen im Geiste werden im Betriebsrat sitzen wie — ganz deutlich gesprochen — ein Häufchen Unglück. Die Leere des Gehirns wird offenbar, und das hat mancher Angst. Das hat keiner deutlicher ausgesprochen als Richard Müller, der jetzige Redakteur der Metallarbeiterzeitung. In seiner Broschüre „Was die Arbeiterräte wollen und sollen“ schreibt er auf Seite 11:

„Die Revolution schaffe den Arbeiterräten ein ganz neues Tätigkeitsgebiet. Nicht immer zeigen sich diese den neuen Aufgaben gewachsen. Während oftmals die erforderliche Energie vermißt wurde, zeigte sich an manchen Stellen ein weiches über das zulässige Maß hinausgehender Eitelkeit. Aber da, wo eine gute Berufsorganisation vorhanden war, konnte ein dem Volkswohl dienendes Zusammenwirken der Arbeiterräte mit den Unternehmern festgestellt werden.“

Damit ist auch gesagt, daß die intelligenten, geschulten Gewerkschaftskollegen es sein werden, die erfolgreich für ihre Kollegen zu wirken imstande sind. Dann fährt er fort:

„Aber da, wo eine gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft vorhanden war, wurden die besten und seit Jahren erprobten Kollegen zu Arbeiterräten gewählt. Diese bejaßen die erforderlichen Fähigkeiten und das nötige Verständnis für ihr schweres und verantwortungsvolles Amt.“

Man kann diese Ausführungen nur unterschreiben. Sie sprechen aus, was ist, und das war noch nie ein Fehler. Wer keine Lust und nicht die Fähigkeit hat, praktisch mitzuarbeiten, der mag es lassen. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden sehr bald einsehen, daß ihnen das Betriebsrätegesetz allerlei Vorteile bietet. Es ist ihre Sache, sie wahrzunehmen. Vor allem wird es darauf ankommen, wie sie die neue Waffe zu handhaben lernen, welchen

### Die Zahlstellenleitungen und deren Funktionäre müssen nunmehr ihr Hauptaugenmerk auf die zurückkehrenden Kriegsgefangenen richten.

Insbesondere diejenigen, die bereits Mitglied unseres Verbandes waren, sollen

aufgejucht und zur Weiterführung ihrer Mitgliedschaft angehalten werden. Sie sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie

ihre früher erworbenen Rechte sichern können, wenn die Wiederanmeldung innerhalb 14 Tagen erfolgt. Die vor der Einziehung zum Heeresdienst geleisteten Beiträge werden voll angerechnet, wenn sich die Heimkehrenden unter Einhaltung des angegebenen Termins bei der Ortsverwaltung

melden. Keines unserer alten erfahrenen Mitglieder darf verloren gehen.

Geist sie dem Gesetz einzuführen verstehen. Sie werden unschwer die Besten und Fähigsten unter sich herausfinden und an den Platz stellen, wo sie für die gesamte Arbeiterschaft Gutes wirken können.

Der erste Schritt für die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter ist getan. Wir sind nicht am Ende, sondern am Anfang einer neuen Entwicklungsperiode. Schritt für Schritt wollen wir uns vorwärts arbeiten als mitbestimmender Faktor im Wirtschaftsprozess. Mit dem Betriebsrätegesetz machen wir die Probe aufs Exempel, wie wir uns auf dem neuen Terrain einzuarbeiten verstehen. Wir halten es mit Konfuzius, der sagt: „Der Mensch hat dreierlei Wege; Klug zu handeln. Erstens durch Nachdenken, das ist der edelste; zweitens durch Nachahmen, das ist der leichteste; und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste.“ Den ersten Weg glauben wir gegangen zu sein, den dritten wollen wir jetzt gehen im Vertrauen auf uns selbst.

### Freier Handel oder Zwangswirtschaft?

Der Streit um den freien Handel ist aktuell und wird es noch lange bleiben. Produzenten und Händler laufen gegen die Zwangswirtschaft Sturm und von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Gibt es doch für sie keine andere Preisgrenze nach oben mehr, als die Konkurrenz, und die ist so lange nicht zu fürchten, als der Warenhunger so groß ist wie gegenwärtig. Nicht nur die Läger sind leer, auch jeder Einzelhaushalt ist bald völlig ausgepumpt bis aufs letzte. Wir leben von der Hand in den Mund oder vielmehr es wird nicht einmal so viel produziert, wie wir im Inlande selbst brauchen. Es wäre zu schön, diese Gelegenheit voll auszunutzen zu können. Es fragt sich nur, ob bei einer solchen schönen Freiheit für den weniger Kaufkräftigen auch noch etwas abfiel. Wir wollen einmal untersuchen, wie der freie Handel auf allen Gebieten auf unseren Außenhandel und wie er auf unsere inneren Verhältnisse wirken und welche Folgen er für die sogenannte breite Masse, also in erster Linie für die Arbeiterschaft, haben würde.

Nehmen wir an, Ein- und Ausfuhr würden wie in der Vorkriegszeit vor sich gehen. Seither hat uns das berühmte Loch im Westen schon viel zu schaffen gemacht, in Zukunft, wenn alles nach Belieben hereinströmen könnte, würde es noch schlimmer werden. Weshalb? Das Verlangen nach Zufuhr ist ohne Zweifel recht groß. Würden wir nun wahllos mit Waren aller Art überschwemmt, nicht nur mit Nahrungsmitteln und Rohprodukten, sondern auch mit entbehrlichen Genussmitteln und Luxusartikeln, so wäre die Folge ein weiteres Abströmen unseres Papiergeldes und damit ein weiteres Sinken unserer Baluta, also unseres Marktkurses. Schließlich müßte der Zeitpunkt eintreten, zu dem unser Papiergeld für das Ausland gar keinen Wert mehr hätte und wir könnten vom Ausland überhaupt nichts mehr kaufen, also auch keine Nahrungsmittel und Rohprodukte. Was das für uns und insbesondere für die Arbeiterschaft bedeuten würde, ist klar. Die Preise für die Inlandsprodukte würden uns ungemessene steigen. Wir könnten vom Ausland nur noch gegen Devisen etwas bekommen, d. h. gegen Zahlungsmittel, die wir vom Auslande gegen unsere Ausfuhrprodukte erhalten haben. Es fragt sich nur, ob das Ausland eigenes Geld noch zu uns hereinlese, ob es nicht vielmehr darauf dränge, deutsche Waren nur noch gegen das im

Auslande massenhaft vorhandene deutsche Geld entgegenzunehmen. Das wäre dann bereits der reine Warenaustausch. Es ist also schon besser, wir bezahlen voreerst, solange unsere Mark im Auslande überhaupt noch einigen Wert besitzt, möglichst mit ausländischen Devisen und lassen nur das Notwendigste herein. Luxusartikel, teilweise Genussmittel und was sonst noch entbehrlich ist, muß ferngehalten werden. Dadurch können wir gegen Devisen desto mehr Rohstoffe und Lebensmittel hereinbekommen und ersparen allmählich eine Steigerung unseres Marktkurses. Unter dessen müssen wir versuchen, unsere Ausfuhr zu heben, soweit es sich um Waren handelt, die wir nicht selbst dringend gebrauchen.

Daß wir anders gar nicht verfahren dürfen, bei Strafe des Zusammenbruchs unserer ganzen Wirtschaft, zeigen am deutlichsten die Ein- und Ausfuhrziffern des Normaljahres 1913. Damals betrug der

Spezialhandel in Mark für		
	Einfuhr	Ausfuhr
Rohstoffe, fertige Ware, halbfertige Ware, Nahrungs- und Genussmittel, lebende Tiere	10 769 700 000	10 097 200 000
rauhes Rohstoffe	6 008 000 000	1 518 100 000
Nahrungs- und Genussmittel	2 769 200 000	1 036 000 000
fertige Ware	1 478 800 000	6 336 300 000

Aus diesen Zahlen ergibt sich ohne weiteres, daß wir bezüglich des Bezuges von Rohstoffen und Nahrungsmitteln auf das Ausland angewiesen sind. Wir haben hiervon im Jahre 1913 für 7 1/2 Milliarden Mark eingefahren, aber selbst nur für 2 1/2 Milliarden Mark ausgefahren. Da wir Geld nicht produzieren, müssen wir zum Ausgleich Waren ausführen und das ist ja auch gesehen wie unsere Tabelle zeigt. Einer Einfuhr von fertigen Waren im Werte von 1 1/2 Milliarden steht ein Ausfuhrwert von 6,4 Milliarden Mark gegenüber. Uebrigens ist in noch erhöhtem Maße werden sich die Dinge in Zukunft gestalten, da uns zum Teil die Schiffstransportkosten belasten, die früher uns zugute kamen und weil wir ferner der Entente als Kriegsschuldner gegenüberstehen.

Aus dem Gefagten dürfte sich ergeben, daß eine wohl- und schrankenlose Einfuhr uns ebenso gefährlich werden könnte, wie eine schrankenlose Ausfuhr im freien Handel. Was soll es uns z. B. nützen, wenn wir den Ratshägen mancher Schlawberger entsprechend verfahren würden, die einfach erklären, der Personalcredit unserer Handelsfirmen könne uns Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Auslande in Menge verschaffen. Das stimmt. Aber zur vollen Ausnützung des Personalcredits ist der freie Handel nötig und der freie Handel hat nicht die Interessen des Reiches, sondern in erster Linie seine eigenen im Auge. Alle die gezielten Nachteile würden in Erscheinung treten, denn Personalcredit heißt Schulden an das Ausland und wir würden lustig und vergnügt weiterpumpen bis zum Bankrott.

Auch im Innern selbst würde die plötzliche Einführung des freien Handels verhängnisvoll wirken. Gewiß, er wird allmählich kommen müssen. Aber heute ist an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft bei Zucker, Fett, ganz besonders aber bei Brot und Kartoffeln, nicht zu denken. Wir würden für diese Artikel Preise erleben, die für die unbemittelten Volksschichten unerträglich wären. Zucker gäbe es für sie überhaupt nicht mehr, er wäre, gleich den Eiern, nur noch für die zahlungsfähigsten Staatsbürger erreichbar. Zweifellos würden sich beim freien Handel unsere Preise sehr rasch den Weltmarktpreisen anpassen, das wäre aber bei unserer niedrigen Marktkurs für die Arbeiterschaft direkt gefährlich. Das zeigen die Ausführungen des Reichsernährungsministers Schmidt, die dieser am 11. Januar in einer Berliner Versammlung der sozialdemokratischen Partei getan hat. Er erklärte, wenn wir unsere Mehl- und Getreidepreise den Weltmarktpreisen anpassen würden, käme ein Brot von 4 1/2 Pfund Gewicht auf 14,50 Mark zu stehen. Man stelle sich nun einmal vor, in welcher Lage dadurch eine Familie mit vielleicht 6 unerwachsenen Kindern läme. Wie müßte da der Verdienst eines Familienvaters sein? Die Löhne könnten solchen Preisen gar nicht rasch genug oder überhaupt nicht folgen. Orenzenloses Elend müßte Platz greifen.

Nicht umsonst drängen die Produzenten, Verkäufer und Händler so sehr auf Beseitigung der Zwangswirtschaft und auf Einführung des freien Handels. Sie haben guten Grund dazu, wie wir gesehen haben. Daß aber unter Umständen, wie wir sie vorstehend geschildert haben, die Arbeiterschaft keine Ursache hat, in dasselbe Horn zu blasen und den Buhherren Hilfe zu leisten bei ihrem gemeingefährlichen Treiben, dürfte sich aus dem Gefagten klar ergeben. Also nicht Freihandel für alle Handelsartikel können wir in einer Zeit allgemeiner Warenknappheit gebrauchen, sondern Zwangswirtschaft, und zwar vornehmlich für die wichtigsten Bedarfsartikel im Interesse der Minderbemittelten, der Arbeiterschaft. Eine Regierung, die heute dem Geheiß auf billige Freigabe des Handels nachgäbe, würde verbrochen handeln, nicht nur an der Arbeiterschaft, sondern am ganzen Volke, mit Ausnahme weniger Parteien. Den Freihandel, insbesondere für Lebensmittel, kann heute nur fordern, wer sich über diese Frage nicht klar ist, oder wer ein persönliches Interesse daran hat. Der Zusammenbruch unserer Staats- und Wirtschaftslebens wäre die unausbleibliche Folge.



Chemische Industrie

Explosion von Sauerstoffflaschen.

Im Betriebe der Firma Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Werk I, in Sandersdorf bei Bitterfeld fand am 12. November 1919 beim Verladen von Sauerstoffflaschen eine Explosion statt...

1. Die Arbeiter waren mit dem Verladen von großen Sauerstoff-Flaschen in einen gedeckten Gütermwagen beschäftigt. An den Kopfsenden des Wagens waren bereits mehrere Flaschenlagen übereinandergeschichtet...

2. Die Explosionsursache dürfte ohne Zweifel darin zu suchen sein, daß die Arbeiter, statt die Flaschen hinzulegen, sie hingeworfen haben. Befanden sich am Wagenboden vorliegende Teile...

Obgleich die Arbeiter fortgesetzt mündlich und auch durch Plakate auf die Gefahren aufmerksam gemacht wurden, war die Betriebsleitung außerstande, auf die Erfüllung ihrer Vorschriften zu dringen.

3. Explosionsunvermeidlicher Art lassen sich durch vorrichtsmäßige Behandlung der Flaschen vermeiden. Solange die Arbeiter auch unter dem Eindruck des Unglücks stehen, werden sie auch die Vorschriften beachten.

4. Die Schuld an Explosionsereignis trifft aller Wahrscheinlichkeit nach die getöteten Arbeiter selbst. Diese haben ohne Zweifel gegen § 17 der Unfallversicherungsvorschriften für die gewerksmäßige Verbrüderung und Verflüssigung von Gasen gesorgt.

5. In einer Aenderung oder Ergänzung der Unfallversicherungsvorschriften liegt kein Anlaß vor.

Die beiden Arbeiter sind tot, man kann sie weder für noch gegen eine Beweisführung als Zeugen anrufen. Deshalb halten wir auch die Schuldfolgerung des unterzeichneten Beamten für zu weitgehend, wenn er sagt, die Arbeiter hätten ohne Zweifel die Vorschriften hingeworfen.

6. Bei einer Aenderung oder Ergänzung der Unfallversicherungsvorschriften liegt kein Anlaß vor. Die beiden Arbeiter sind tot, man kann sie weder für noch gegen eine Beweisführung als Zeugen anrufen.

Zentral-Schlichtungsausschuß der chemischen Industrie.

In der Sitzung am 12. Januar 1920 fand als erster Fall des Lohnkampfes für die Guanoarbeiter des Bezirks I (Berlin) die Verhandlung statt.

Selle ohne Mitarbeit des Zentral-Schlichtungsausschusses eine Einigung verfaßt und auch gefunden.

Die Arbeitnehmer von Bruchhagen der Goldbergbau-Industrie N.-G., haben gegen die Entscheidung des Bezirkt-Schlichtungsausschusses der Bezirks IV b, Einspruch erhoben.

Der Einspruch der Arbeiterschaft, der neben sonstigen auch eine formale Verlegung des Regalats hervorhob, wurde als begründet erachtet.

Es ist von beiden Seiten umbersprochen festgelegt, daß der Schlichtungsausschuß, welcher die Entscheidung der Lohnklassen im vorigen Bezirk festgesetzt hatte, aus denselben Personen bestanden...

Die Arbeiterschaft der Köln-Rottweiler-N.-G. zu Premnitz ist mit der Einmütigkeit die dritte Lohnklasse für Produktionsarbeiter nicht einberufen.

Der Bezirkt-Schlichtungsausschuß der Sektion I (Berlin) hat in der Angelegenheit nachstehenden Schiedspruch gefällt:

Das Werk Premnitz der Köln-Rottweiler-N.-G. wird hinsichtlich der angeleiteten Arbeiter in Gruppe III, der gelehrten Arbeiter in Gruppe II eingereiht.

Der Einspruch der Arbeiterschaft richtet sich im besonderen gegen die zweite Klaffigkeit der Arbeiterschaft des Werkes.

Papier Industrie

40 Prozent Teuerungszulagen.

Auf Anregung der Arbeiterschaft in der Bunt-, Chromo- und Metallkaltpapierfabrikation reichien die Organisationen der Arbeitnehmer im Monat Dezember vorigen Jahres an den Verein deutscher Chromo- und Buntpapierfabrikanten den Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage in der Höhe von 50 Prozent etc.

Die Arbeitnehmervertreter glaubten unter Berücksichtigung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse, die sich infolge vieler Betriebstilllegungen durch den herrschenden Kohlenmangel recht ungünstig für die Arbeiterschaft bemerkbar machen, die Verantwortung einer Ablehnung des Unternehmerangebotes nicht übernehmen zu können.

Die Teuerungszulagen werden vom 1. Januar 1920 an gewährt und gestatten sich für die einzelnen Lohnklassen folgendermaßen:

vereinbarte Teuerungszulagen für die Arbeiterschaft der Chromo-, Bunt- und Metallpapierindustrie vom 1. Januar 1920 an auf die tarifmäßigen Lohnsätze vom 22./23. Juli 1919.

Table with 10 columns: Alter, Lohnklasse (I-V), and Stundelöhne (Stunde, Woche) for different age groups (14-15, 15-17, 17-19, 19-21, über 21).

Tarifmäßige Stundelöhne, einschließlich der gewährten Teuerungszulagen, vom 1. Januar 1920 an.

Table with 6 columns: Alter, Lohnklasse (I-V), and monthly wages for different age groups and classes.

Die bisherigen Zuschläge für die im Tarif verzeichneten Zuschläge sind unbenutzt geblieben.

In einigen Betrieben waren Löhne vereinbart worden, die über die tarifmäßigen hinausgingen. Um der Arbeiterschaft dieser Betriebe Rechnung zu tragen...

Die Firma Roeschmar in Dresden erkannte für ihren Betrieb die Lohnklasse II an. Die Firma Robert Willisch in Witten bei Hülba wurde durch Tarifratsbeschuß veranlaßt, die Lohnklasse III anzuerkennen.

Wenn auch die Wünsche unserer Kollegenschaft, deren Berechtigung nicht bestritten werden kann, nicht voll erfüllt wurden, so bedeutet das Ergebnis der Verhandlungen in Halle doch immerhin einen weiteren wesentlichen Fortschritt für die Arbeiterschaft...

Papierarbeiter-Konferenz in der Pfalz.

Am 11. Januar 1920 tagte im Saale vom Pfälzer Hof eine Versammlung der Papierarbeiter der Pfalz. Der Vorsitzende, Kollege Göb, vernahm schon bei Eröffnung der Versammlung auf die schwere Situation, unter der die Arbeiterschaft gegenwärtig zu leiden hat.

Auch der Vorsitzende, Kollege Göb, erwähnte die Kollegen und Kolleginnen zu einem festen Zusammenschluß und eifriger Mitarbeit in unserer jungen Organisation.

Keramische Industrie

Aus der Industrie feuerfester Produkte.

Kürzlich fand in Berlin eine Versammlung der Fabrikanten feuerfester Produkte statt. Die Versammlung bezweckte die Gründung eines Arbeitgeberbundes der feuerfesten Industrie Deutschlands.

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie von Rhin- und Umgebung.

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie von Mittel- und Oberschlesien.

Die Arbeitgebergewerkschaft „Feuerfest Mittelrhein“.

Die Norddeutsche Arbeitgebervereinigung der feuerfesten Industrie.

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie Thüringens.

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig.

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie Niedersachsens.

Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie Mittelrhein-Koblenz.

Als Vorkandsmitglieder wurden gewählt die Herren Dr. Moritz Schulz (Saarau) als Vorsitzender, ferner Dr. Zischner (Dahlhausen a. d. Ruhr), Direktor Rimmer (Herdolle u. d. Rhein), Dr. Silberbrand (Rietzen), Fergel (Gleiwitz), Direktor Bahn (Desslau bei Koburg), Brümmermann (Leinröden), Direktor Böller (Stettin) und Senator Uvers (Hüben).

Bezirksgruppe „Norden“ des Bundes der Sand- und Kieswerke.

Am 15. Dezember verfloffenen Jahres fand zu Neumünster eine Versammlung der Vertreter der Sand- und Kieswerke statt zuecks Gründung einer Bezirksgruppe für Schleswig-Holstein und die angrenzenden Landesteile.



